

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 24. April 1985

am Donnerstag, dem 25. April 1985

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann (CDU/CSU)	20	Oostergetelo (SPD)	9, 10
Berger (CDU/CSU)	19	Pauli (SPD)	17, 18
Bueb (DIE GRÜNEN)	67, 68	Purps (SPD)	49, 50
Carstensen (Nordstrand) (CDU/CSU)	11, 57	Reimann (SPD)	1, 84
Clemens (CDU/CSU)	86, 87	Schily (DIE GRÜNEN)	5, 60
Conradi (SPD)	88, 89	Frau Schmedt (Lengerich) (SPD)	29, 56
Frau Dann (DIE GRÜNEN)	69, 70	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	81, 82
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	30, 31	Dr. Schmude (SPD)	58, 59
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	27	Dr. Schroeder (Freiburg) (CDU/CSU)	79, 80
Duve (SPD)	54, 55	Dr. Schwenk (Stade) (SPD)	14, 92
Eigen (CDU/CSU)	25, 26	Sieler (SPD)	43, 44
Eylmann (CDU/CSU)	90, 91	Dr. Sperling (SPD)	32, 33
Gansel (SPD)	77, 78	Steiner (SPD)	34, 35
Gerster (Mainz) (CDU/CSU)	73, 74	Stiegler (SPD)	4, 16
Grunenberg (SPD)	2	Ströbele (DIE GRÜNEN)	63, 64
Dr. Hupka (CDU/CSU)	75, 76	Frau Traupe (SPD)	39, 40
Immer (Altenkirchen) (SPD)	21, 22	Vahlberg (SPD)	15
Klose (SPD)	71, 72	Frau Wagner (DIE GRÜNEN)	65, 66
Kühbacher (SPD)	47, 48	Waltemathe (SPD)	53
Dr. Laufs (CDU/CSU)	6	Walther (SPD)	41, 42
Lohmann (Witten) (SPD)	36, 37	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	3, 83
Mann (DIE GRÜNEN)	61, 62	Frau Weyel (SPD)	23, 24
Michels (CDU/CSU)	12, 13	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	51, 52
Dr. Müller (Bremen) (DIE GRÜNEN)	7, 8	Zander (SPD)	38
Dr. Nöbel (SPD)	28, 85	Frau Zutt (SPD)	45, 46

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	10
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	11
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	13
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	14
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	15

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

1. Abgeordneter
Reimann
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung per Gesetz oder Verordnung zu tun, um optimalen Schutz für Mensch und Umwelt zu erlangen, und wie steht sie zur Gefahrenvermeidung bei gleichzeitigem Transport gefährlicher Stoffe, die bei einem Unfall zusammentreffen und schwere Schäden verursachen?

2. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Leuchtturm „Roter Sand“ (Außenweser) das älteste und berühmteste Offshore-Bauwerk außerhalb der Sichtweite der Küste ist und außerdem ein geschichtliches Symbol der Beziehungen zu den USA darstellt, und wird die Bundesregierung angesichts der erfolgten Schadensuntersuchung am Stahlmantel des Leuchtturms „Roter Sand“ – ähnlich wie die USA bei der Freiheitsstatue in New York – die Finanzierung der notwendigen Sanierungsarbeiten eines historischen Bauwerks sicherstellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

3. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP) Sieht sich die Bundesregierung in der Lage, einen Termin für das Spitzengespräch zu benennen, bei dem die Entscheidung über eine mögliche Teilprivatisierung der Deutschen Lufthansa fallen soll?

4. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Warum hat die Bundesregierung bei der Errechnung der finanziellen Auswirkungen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (vgl. Vorlage des Bundesministers der Finanzen Nr. 33/85 an den Haushaltsausschuß) bei den Mehreinnahmen die Lohnsteuermehreinnahmen nicht berücksichtigt, und wie würden sich die Kosten der öffentlichen Haushalte für die Wiedereingliederung von Arbeitslosen vermindern, wenn man neben den Mehreinnahmen bei der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung auch die Steuermehreinnahmen berücksichtigen würde?

5. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN) Sieht sich die Bundesregierung in ihrer Aufgabe, für Steuergerechtigkeit zu sorgen und auf ein steuerrechliches Verhalten der Bürger hinzuwirken, dadurch behindert, daß der Bundeskanzler als Landtagsabgeordneter in Rheinland-Pfalz und später als Ministerpräsident dieses Bundeslandes an illegaler Parteifinanzierung mitgewirkt und mindestens in einem Fall eine illegale Spendensammelstelle vor dem Zugriff der Finanzverwaltung bewahrt haben soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

6. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die kürzlich erfolgten Äußerungen des Vorstandsmitglieds von VW, Professor Fiala, wonach der Absatz umweltfreundlicher Personenkraftwagen in Auswirkung der jüngsten Brüsseler Beschlüsse zum schadstoffarmen Auto angeblich „stark gelitten“ habe?
7. Abgeordneter
Dr. Müller
(Bremen)
(DIE GRÜNEN)
- Bis zu welcher Summe beabsichtigt die Bundesregierung, eine Hermes-Bürgschaft für Nuklearexporte in die Volksrepublik China zu übernehmen, und inwieweit gedenkt die Bundesregierung, bei den anstehenden Entscheidungen über die Hermes-Exportbürgschaft dem Umstand Rechnung zu tragen, wonach China eine nukleare Kooperation mit Pakistan betreibt, das nach den vorliegenden Informationen militärisch nukleare Ambitionen verfolgt?
8. Abgeordneter
Dr. Müller
(Bremen)
(DIE GRÜNEN)
- Bis zu welcher Summe beabsichtigt die Bundesregierung, eine Hermes-Bürgschaft für Nuklearexporte nach Ägypten zu übernehmen, und inwieweit gedenkt die Bundesregierung, bei den anstehenden Entscheidungen über die Hermes-Exportbürgschaft dem Umstand Rechnung zu tragen, wonach Ägypten und der Nahe Osten insgesamt nach wie vor als Krisengebiet einzustufen sind (siehe Bombardierung des Irak-Reaktors durch Israel)?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

9. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung unter Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit und im Hinblick auf den sparsamen Einsatz der Mittel der öffentlichen Hände die bestehenden Regelungen betreffs der Trocknung von Magermilch, die dazu führen, daß es für den Abnehmer preisgünstiger ist, unter großem finanziellen Aufwand getrocknetes und gelagertes Magermilchpulver zu erwerben, anstatt bei den Molkereien Magermilch zu kaufen?
10. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD)
- Stimmen nach Erkenntnissen der Bundesregierung Berechnungen, daß Magermilchpulver pro Liter Magermilch einen Preisvorteil von 2,15 Pfennig oder – bezogen auf den höheren Preis von Magermilch – von ca. 25 v. H. hat, und hat die Bundesregierung bejahendenfalls diesen Sachverhalt zum Anlaß genommen, eine Änderung dieser Preisrelation herbeizuführen?

11. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Welchen Einfluß haben unterschiedliche arbeitsrechtliche Bestimmungen, insbesondere im Bereich der Ausfallzeiten zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark, eventuell auch zu anderen Ländern, auf die Wettbewerbsvoraussetzungen der deutschen Kutterfischerei?
12. Abgeordneter
Michels
(CDU/CSU)
- Welche Chancen räumt die Bundesregierung angesichts bestehender Überschüsse auf dem Milchmarkt und zunehmender Überschußprobleme auf dem Getreidesektor, sowie gleichzeitigem Bedarf an bleifreiem Kraftstoff, der Beimischung von 5 v. H. Bioäthanol als Treibstoffkomponente ein?
13. Abgeordneter
Michels
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung angeben, welche Getreidemengen und -flächen EG-weit – anstatt im Rahmen des subventionierten Exports oder der Lagerhaltung untergebracht zu werden – kostenmäßig sinnvoll für die Bioäthanolproduktion einsetzbar wären?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

14. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung Großversuche für flexible Ladenöffnungszeiten durchzuführen beabsichtigt, und ist sie sicher, daß damit nicht eine Verschärfung des Stadt-Land-Gefälles erreicht wird?
15. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD)
- In welchem Ausmaß sind die 70 000 Arbeitsplätze in den 370 bundesdeutschen Behindertenwerkstätten durch Industrieroboter sowie durch automatisierte Fertigungsprozesse gefährdet, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um diese Arbeitsplätze zu erhalten?
16. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Verbot, ältere Arbeitnehmer mit Hilfe von Lohnkostenzuschüssen bei Kommunen oder anderen öffentlichen Trägern wiederinzugliedern, erhebliche Schwierigkeiten bei der Vermittlung dieser Arbeitnehmergruppe verursacht hat, und wird sie dafür eintreten, daß in Zukunft auch wieder Lohnkostenzuschüsse an Kommunen und andere öffentliche Träger geleistet werden können, um schwervermittelbare ältere Arbeitnehmer wieder in eine Beschäftigung zu bringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verteidigung

17. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Wie viele der 246 Versuchspersonen bei der im Ernst-Rodenwaldt-Institut in Koblenz durchgeführten klinischen Prüfung eines Schnupfensprays mußten auf Grund lokaler Entzündungsreaktionen der Nase wie Nasenbluten, Nasenverstopfungen und Nasenerosionen aus dem Versuch herausgenommen werden, und entspricht diese Quote dem Verlauf vorangegangener Studien?
18. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung auf Grund der umfangreichen Nebentätigkeiten des Institutsleiters des Ernst-Rodenwaldt-Instituts in Koblenz einen Anlaß, diese einzuschränken, und glaubt die Bundesregierung, daß sich Form und Ausmaß dieser Nebentätigkeiten noch mit dem eigentlichen Dienstauftrag vereinbaren lassen?
19. Abgeordneter
Berger
(CDU/CSU)
- Sind Presseberichte zutreffend, nach denen die Sowjetunion begonnen hat, luftgestützte Marschflugkörper mit einer Reichweite von ca. 3 000 Kilometer zu stationieren, und sind weitere Presseberichte zutreffend, nach denen die Sowjetunion zur Zeit Flugtests mit einer neuen atomaren Mittelstreckenrakete durchführt, die etwa geeignet wäre, als Nachfolgemuster für die SS 20 zu dienen?
20. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Mit welchen konkreten Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß sich ein Fehlschuß mit einer Geschosshülle – wie am 26. März 1985 – im Bereich der Meldorfer Bucht von der Erprobungsstelle Elpersbüttel aus in das Watt außerhalb des Sicherheitsbereiches in Zukunft absolut ausschließen läßt, und auch künftig – wie auch sonst in der Vergangenheit – die Gefährdung von Unbeteiligten ausgeschlossen bleibt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie und Gesundheit**

21. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Wie hoch ist die Zahl jüngerer erwachsener Behinderteter, die gezwungen sind, in Alten- und Pflegeheimen zu leben und daher nicht gefördert werden bzw. sachgerecht und ihrer persönlichen Situation entsprechend untergebracht sind?
22. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Fehlbelegung jüngerer Erwachsener in Alten- und Pflegeheimen zugunsten dieses Personenkreises zu beseitigen und die Behinderten einer personengerechten Betreuung und Förderung zuzuleiten?

23. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD)
- Ist der Bundesregierung der Vorschlag des gemeinsamen Weinausschusses der Industrie- und Handelskammern Trier und Koblenz bekannt, für den Import nach den USA die Bezeichnung „Traditionel German Light-Wine“ zu verwenden, und welche gesetzlichen Maßnahmen sind erforderlich, um diesen Vorschlag zu realisieren?
24. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD)
- Gedenkt die Bundesregierung, diese zu ergreifen?
25. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Wie wird sich die Bundesregierung zum Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaft verhalten, daß das Fleisch von mit Hormonen gefütterten Rindern und Kälbern gekennzeichnet sein soll, obwohl doch keine Verwaltung sicherstellen kann, daß die Kennzeichnung in allen Handelsstufen wirklich eingehalten wird?
26. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung wie bisher trotz der neuen Vorlage der Kommission der Europäischen Gemeinschaft an ihrer Meinung festhalten, die Einfuhr von mit Hormonen erzeugtem Fleisch in die Bundesrepublik Deutschland zu verbieten, um die deutschen Verbraucher zu schützen und die deutsche Landwirtschaft vor Wettbewerbsnachteilen zu bewahren?
27. Abgeordneter
Dr. Diederich (Berlin)
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung eine nachahmenswerte Regelung in der jüngst in Kraft getretenen Verordnung der Stadt Los Angeles, in der zum Schutz von Nichtrauchern am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit vorgeschrieben wird, daß in allen Unternehmen mit mehr als fünf Mitarbeitern möglichst große rauchfreie Zonen bereitgestellt werden müssen, daß in Kantinen-, Pausen- und Ruheräumen mindestens zwei Drittel der Fläche für Nichtraucher reserviert sein müssen und daß das Rauchen in Toiletten und Fahrstühlen untersagt ist, und wann gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls, diesem Beispiel für ihren Zuständigkeitsbereich konsequent zu folgen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

28. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD)
- Trifft es zu, daß Fahrzeuge des Fernmeldedienstes, für die eine Besatzung von sieben Personen vorgesehen ist, nur fünf Personen befördern können?

29. Abgeordnete
**Frau
Schmedt
(Lengerich)**
(SPD)
- Hat der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen in Dhaka Gespräche geführt über die Einführung eines digitalen Fernmeldevermittlungsnetzes?
30. Abgeordnete
**Frau
Dr. Däubler-Gmelin**
(SPD)
- Treffen Presseverlautbarungen zu, die Bundesregierung beabsichtige, den Gerichten eine Orientierungshilfe an die Hand zu geben, in der die Feststellung getroffen werde, die Errichtung eines Kabelanschlusses in einer Mietwohnung sei eine nachhaltige Erhöhung des Gebrauchswerts?
31. Abgeordnete
**Frau
Dr. Däubler-Gmelin**
(SPD)
- Hält die Bundesregierung eine solche Orientierungshilfe auch nach der Entscheidung des Landgerichts Berlin, die nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 17. April 1985 die Verneinung einer Duldungspflicht des Mieters rechtskräftig werden ließ, noch für erforderlich?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

32. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Bundesminister Dr. Schneider, daß 350 Millionen DM Bundesmittel für die Städtebauförderung ein Volumen von 10 Milliarden DM an Bauaufträgen initiieren (Süddeutsche Zeitung vom 25. Januar 1985)?
33. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Jahn, daß 330 Millionen DM Bundesmittel für die Städtebauförderung zu einem Investitionsvolumen von jährlich 3 Milliarden DM führen?
34. Abgeordneter
Steiner
(SPD)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung die Tatsache, daß der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau bis heute noch nicht das Ergebnis seiner am 14. Februar 1984 dem Deutschen Bundeswehrverband zugesagte Untersuchung über die Verbesserung der Wohnungsfürsorge für häufig versetzte Soldaten vorgelegt hat?
35. Abgeordneter
Steiner
(SPD)
- Kann die Bundesregierung stichhaltige Gründe für die Verzögerung des Abschlusses der Untersuchung nennen?
36. Abgeordneter
**Lohmann
(Witten)**
(SPD)
- Wie steht der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zum Instrument der Raumverträglichkeitsprüfung?

37. Abgeordneter
Lohmann
(Witten)
(SPD)
- Strebt er die Einführung der Raumverträglichkeitsprüfung an, und wie soll das geschehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

38. Abgeordneter
Zander
(SPD)
- Welche Großprojekte im Bereich Forschung und Technologie mit voraussichtlichen Kostenfolgen in Höhe von 100 Millionen DM oder mehr werden im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung Mittel aus dem Bundeshaushalt erfordern?
39. Abgeordnete
Frau Traupe
(SPD)
- Wie ist der Stand der Vorbereitungen für das Forschungsvorhaben HERA (Hadron-Elektron-Ring-Anlage)?
40. Abgeordnete
Frau Traupe
(SPD)
- Welche Kosten könnten aus diesem Projekt im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung auf künftige Bundeshaushalte zukommen?
41. Abgeordneter
Walther
(SPD)
- Wie ist der Stand der Vorbereitungen für das Forschungsvorhaben ESRF (European Synchrotron Radiation Facility)?
42. Abgeordneter
Walther
(SPD)
- Welche Kosten könnten aus diesem Projekt im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung auf künftige Bundeshaushalte zukommen?
43. Abgeordneter
Sieler
(SPD)
- Wie ist der Stand der Vorbereitungen für das Forschungsvorhaben SNQ (Spallations-Neutronenquelle)?
44. Abgeordneter
Sieler
(SPD)
- Welche Kosten könnten aus diesem Projekt im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung auf künftige Bundeshaushalte zukommen?
45. Abgeordnete
Frau Zutt
(SPD)
- Wie ist der Stand der Vorbereitungen für das Forschungsvorhaben SIS/ESR (Schwerionen-Synchrotron und ESR)?
46. Abgeordnete
Frau Zutt
(SPD)
- Welche Kosten könnten aus diesem Projekt im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung auf künftige Bundeshaushalte zukommen?
47. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD)
- Wie ist der Stand der Vorbereitungen für das Forschungsvorhaben Kontinentales Tiefbohrprogramm?

48. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD) Welche Kosten könnten aus diesem Projekt im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung auf künftige Bundeshaushalte zukommen?
49. Abgeordneter
Purps
(SPD) Wie ist der Stand der Vorbereitungen für das Forschungsvorhaben ETW (Europäischer Transschall-Windkanal)?
50. Abgeordneter
Purps
(SPD) Welche Kosten könnten aus diesem Projekt im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung auf künftige Bundeshaushalte zukommen?
51. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Wer spricht eigentlich im Namen der Bundesregierung, wenn es um eine deutsche Kohleverflüssigungsanlage geht, Bundesminister Dr. Bangemann, der sich für den Standort Bottrop und den dortigen Fortgang ausgesprochen hat, oder der Bundesminister für Forschung und Technologie, Dr. Riesenhuber, der offensichtlich gegen weitere Förderung sowohl der Anlagen im Ruhrgebiet als auch im Saarland ist?
52. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) In welcher Form wird die Bundesregierung endlich Klarheit schaffen, ob, und wenn ja, welche Kohleverflüssigungsanlagen vom Bund weiter gefördert und entwickelt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

53. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD) In welcher Form hat Bundesminister Dr. Warnke die Regierung von Guatemala auf die einhellige Empörung aufmerksam gemacht, die in der Bundesrepublik Deutschland herrscht über den Mord an Frau Rosario Godoy, ihrem Sohn und ihrem Bruder am 5. April 1985 in der Nähe von Guatemala City?
54. Abgeordneter
Duve
(SPD) In welcher Weise hat der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit der von allen Parteien vorgetragene Bitte eines direkten humanitären Kontaktes mit der Gruppe Apoyo Muttuo (Organisation der Familien der Verschwundenen in Guatemala) bei seinem Aufenthalt in Guatemala entsprochen?
55. Abgeordneter
Duve
(SPD) Ist der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Repräsentanten dieser Gruppe in einer Weise zusammengetroffen, die der guatemaltekischen Öffentlichkeit dokumentieren konnte, daß die demokratischen Kräfte der Bundesrepublik Deutschland sich schützend vor diese bedrohten Familien stellen?

56. Abgeordnete
Frau Schmedt (Lengerich)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Einführung eines digitalen Fernmeldevermittlungsnetzes in Bangla Desh unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten?
57. Abgeordneter
Carstensen (Nordstrand)
(CDU/CSU) Aus welchen Gründen ist der deutsche Regulärbeitrag zum Welternährungsprogramm, aus dem ja wohl auch z. B. Trockenmilch und Fische aus heimischer Produktion aufgekauft werden, in diesem Jahr so drastisch gesenkt worden, und besteht die Möglichkeit einer Wiederaufstockung des Beitrags in den nächsten Haushaltsjahren?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

58. Abgeordneter
Dr. Schmude
(SPD) Ist der Bundeskanzler zu seiner 1984 mehrfach geäußerten Auffassung, die unter Inanspruchnahme von Steuervorteilen über „Spendenwaschanlagen“ geleisteten Parteispenden seien in einer rechtlich nicht hinreichend geklärten Situation gezahlt worden, bei seiner eigenen, vom „stern“ und vom Norddeutschen Rundfunk kürzlich geschilderten Praxis gekommen, sich wiederholt solche Spenden in Höhe von 50 000 DM und 60 000 DM zuleiten zu lassen?
59. Abgeordneter
Dr. Schmude
(SPD) Beruht die vom Bundeskanzler im Herbst 1984 vertretene Auffassung, die Praxis verdeckter Parteienfinanzierung sei gängig und der Finanzverwaltung bekannt gewesen, auf Kenntnissen, die er bei der kürzlich vom „stern“ und vom Norddeutschen Rundfunk geschilderten Einwirkung auf die rheinland-pfälzische Finanzverwaltung zugunsten der „Spendenwaschanlage“ Vereinigung zur Förderung der privaten Entwicklungshilfe e. V. in Linz erlangt hat?
60. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN) Hat der Bundeskanzler auf Ermittlungsverfahren oder steuerliche Überprüfungsverfahren wegen des Verdachts von illegalen Spendenzuwendungen Einfluß genommen?
61. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN) Trifft es zu, daß etwa 2 000 von insgesamt ca. 5 000 bis 6 000 Jugendlichen, US-Präsident Reagan anlässlich seiner Rede „an die deutsche Jugend“ am 6. Mai 1985 in Hambach zuhören sollen, nach Absprache der Bundesregierung mit der Landesregierung Rheinland-Pfalz durch die Oberbürgermeister und Landräte des Bundeslandes gezielt ausgewählt werden sollen?
62. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN) Hält es die Bundesregierung für gesichert, daß mit einer Auswahl durch diese Personen repräsentative Vertreter und Vertreterinnen aller Jugendlichen der Bundesrepublik Deutschland be-

- nannt werden, und wie bewertet sie die Tatsache, daß arbeitslose Jugendliche auf Grund der selbst zu tragenden Reisekosten kaum in der Lage sein dürften, an der Veranstaltung teilzunehmen?
63. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht von vielen jungen Menschen, Jugendgruppen und -verbänden, wie sie z. B. die Bundesvorsitzende der Jungdemokraten formulierte, daß „die Jugend in der Bundesrepublik Deutschland angesichts Weltraumrüstung, militärischer Bedrohung und der wirtschaftlichen Ausbeutung der Dritten Welt Gelegenheit haben müsse, gerade Präsident Reagan ihre Position darzulegen“?
64. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß bei einer Auswahl von jugendlichen Gesprächspartnern für ein Gespräch mit dem Präsidenten durch den rheinland-pfälzischen Kultusminister gewährleistet ist, daß solche, eher kritische Meinungen geäußert werden können?
65. Abgeordnete
Frau Wagner
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob es für die Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika an die „deutsche Jugend“ eine öffentlich ausgeschriebene Einladung an alle Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat, und wenn ja, an welche Institutionen und Personen war sie gerichtet?
66. Abgeordnete
Frau Wagner
(DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung, daß bei Stichproben der Fraktion DIE GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz den dortigen Jugendämtern nichts über eine öffentliche Einladung an Jugendliche bekannt war, ebenso wenig über den Anmeldemodus oder bestehende Teilnahmemöglichkeiten für die Veranstaltung, und welche Relevanz haben demnach Jugendliche aus Einrichtungen der Erziehungshilfe und der kommunalen Jugendarbeit als mögliche Gäste?
67. Abgeordneter
Bueb
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Präsident Ronald Reagan seine Rede an die „deutsche Jugend“, wie im „Bonner General-Anzeiger“ vom 12. April 1985 gemeldet, vor „ausgewählten Jugendlichen“ halten wird?
68. Abgeordneter
Bueb
(DIE GRÜNEN)
- Welche Vertreter/innen der „deutschen Jugend“ sollten nach Meinung der Bundesregierung an dieser Veranstaltung teilnehmen?
69. Abgeordnete
Frau Dann
(DIE GRÜNEN)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung sicherzustellen, daß die Rede Präsident Reagans „an die deutsche Jugend“ gelangt, und trifft es zu, daß z. B. an rheinland-pfälzischen Schulen Schüler die Rede Ronald Reagans in einer Direktübertragung verfolgen können?

70. Abgeordnete
**Frau
Dann**
(DIE GRÜNEN)
- Welche Art von Sicherheits- und Ausweiskontrollen plant die Bundesregierung für die teilnehmenden Jugendlichen, und inwieweit werden gegebenenfalls Personaldaten der Teilnehmer überprüft oder gespeichert?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

71. Abgeordneter
Klose
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, auch in Zukunft Menschen, die im Südchinesischen Meer aus Seenot gerettet werden, in der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen?
72. Abgeordneter
Klose
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, sich an dem kürzlich von 13 Ländern Westeuropas sowie den USA, Kanada und Australien gebildeten Pool (Rescue at Sea Resettlement Offer), der eine Lastenverteilung in Fällen von Seenotrettung im Südchinesischen Meer vorsieht, zu beteiligen?
73. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Treffen meine Informationen zu, wonach die Regierung Spaniens der deutschen Bundesregierung zugesichert hat, mit Israel diplomatische Beziehungen aufzunehmen?
74. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit diese Zusicherung vor dem Eintritt Spaniens in die EG erfüllt werden kann?
75. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Auskunft über das Schicksal des – laut ap – soeben in der Sowjetunion zu fünf Jahren verurteilten Pfarrers der Pfingstgemeinde und weiterer Gemeindeglieder, sämtlich deutscher Volkszugehörigkeit, erteilen, und welches Urteil hat sie sich bilden können?
76. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Buch „Tatsachen über Deutschland“, das als Preis für die Teilnahme an einer Sendung der Deutschen Welle übersandt worden ist, dem Empfänger von den polnischen Behörden nicht ausgehändigt worden ist, weil es für den Empfänger „schädlich“ sei, und gedenkt die Bundesregierung, unter bezug auf die KSZE-Schlußakte, Korb 3, dagegen Protest zu erheben?
77. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß der amerikanische Assistent Secretary of State for European Affairs, Richard Burt, in einem Brief an die Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union davor gewarnt hat, die Organisation der WEU zur Abstimmung für eine Westeuropäische Rüstungskontrollpolitik zu nutzen, und wie bewertet die Bundesregierung diesen Vorgang?

78. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Wird die Bundesregierung trotz der Intervention der amerikanischen Regierung zur Erklärung der WEU-Mitgliedstaaten vom 27. Oktober 1984 (Erklärung von Rom) stehen, in der beschlossen wurde, eine Abstimmung der Mitgliedstaaten „zur konkreten Sicherheitslage in Europa anzustreben . . . , insbesondere im Hinblick auf . . . Rüstungskontrolle und Abrüstung . . .“?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

79. Abgeordneter
Dr. Schroeder
(Freiburg)
(CDU/CSU)
- Welche Städte, Gemeinden und Kreise im Bundesgebiet haben sich bisher nach Kenntnis der Bundesregierung zu sogenannten „atomwaffenfreien Zonen“ erklärt, und welche Auswirkungen haben sich hieraus für die Bundeswehr oder andere NATO-Streitkräfte ergeben?
80. Abgeordneter
Dr. Schroeder
(Freiburg)
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Städte in der DDR oder in anderen Staaten des Warschauer Paktes bekannt, die sich ebenfalls zu „atomwaffenfreien Städten“ erklärt haben?
81. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß von seiten lokaler Grenzpolizeibehörden wiederholt Delegationsmitglieder der FDJ, die zur Pflege von Jugendverbandkontakten in das Bundesgebiet einreisen wollten (so im Oktober und Dezember 1984), nach Adresse, Beruf sowie Ziel und Zweck der Reise befragt wurden, und versucht wurde, durch die Androhung der Behinderung an der Weiterfahrt die verlangten Angaben zu erzwingen?
82. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß sich offizielle Delegationen aus der DDR jederzeit auf ihr Recht auf Auskunftsverweigerung berufen können, und wird oder hat die Bundesregierung ihre Auffassung gegebenenfalls den Länderbehörden zum Ausdruck gebracht, um einer Gefährdung von Verbandskontakten entgegenzuwirken?
83. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, initiativ zu werden mit dem Ziel, ab kommendem Jahr auf die Einführung der Sommerzeit zu verzichten?
84. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, inwieweit Unfälleinsatz- und Katastrophenpläne auch schwere Unfälle bei Transporten chemischer Güter berücksichtigen, und wenn ja, welche Erfahrungen liegen dazu vor?
85. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD)
- Trifft es zu, daß der erweiterte Katastrophenschutz mit Fahrzeugen ausgestattet wird, die im Gelände in keiner Weise den an sie gestellten Anforderungen entsprechen?

86. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU) Wie gelingt es orthodoxen Kommunisten, auf die „Ostermarsch“-Anrufe zum Teil entscheidenden Einfluß zu gewinnen, und kann die Bundesregierung hierfür ein Beispiel nennen?
87. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU) Womit kann die Bundesregierung ihre Behauptung belegen, daß orthodoxe Kommunisten entscheidende Positionen auch bei der organisatorischen Vorbereitung der Ostermärsche besetzen konnten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

88. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Wird die Bundesregierung beim Besuch des paraguayischen Präsidenten Stroessner Fragen nach dem Verbleib des KZ-Arztes Mengele stellen, insbesondere nach den unbestätigten Meldungen, Mengele lebe in einer militärischen Sperrzone in Paraguay?
89. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Welche Bemühungen wird die Bundesregierung beim Besuch des paraguayischen Staatschefs Stroessner unternehmen, die Auslieferung des KZ-Arztes Mengele zu erreichen?
90. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung sowohl im Hinblick auf die Sicherung des Anwaltsstandes als eines unabhängigen Organs der Rechtspflege als auch in Anbetracht der dramatischen Zunahme der Zahl der Rechtsanwälte für unbedenklich, daß in großem Umfange Beamte und Richter nach Erreichen der Altersgrenze als Rechtsanwälte zugelassen werden?
91. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU) Ist nach Auffassung der Bundesregierung eine Änderung der Bundesrechtsanwaltsordnung dahin geboten, pensionierten Beamten und Richtern den Zugang zum Anwaltsberuf zu versagen, und teilt insbesondere die Bundesregierung die Auffassung, daß die vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Kriterien zur Einschränkung der Freiheit der Berufswahl auf die vorliegenden Fälle nicht uneingeschränkt anzuwenden sind, weil hier nach Abschluß eines Berufslebens im öffentlichen Dienst ein Zweitberuf gewählt wird?
92. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD) Gibt es bundesrechtliche Rahmenvorschriften oder Mindestanforderungen für die Verfahrensordnungen bei den Rechtsanwaltskammern für die Wahrnehmung der Aufsicht über Rechtsanwälte, und inwieweit ist dadurch das rechtliche Gehör für Beteiligte innerhalb und außerhalb der Kammerzugehörigkeit in allen Stadien eines Verfahrens gesichert?

Bonn, den 19. April 1985

